

## Newsletter 53 – regional - vom 19. November bis 17. Dezember 2007

19.11.2007 [Aufmarsch geplant: Die Stadt Nidda will eine Demo der NPD verhindern](#)

Der Landesverband Hessen der NPD hat für Samstag, 8. Dezember, eine Demonstration in Nidda (Wetteraukreis) gegen den Bau einer Moschee angekündigt. Die Ahmadiyya-Gemeinde hat in der Kommune seit...

URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1245172](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1245172)

20. November 2007

**Infotour für Strategien gegen Rechtsextremismus**

**Letzte Etappe der Veranstaltungsreihe: Hessen**

Zum Abschluss meiner Infotour zum Thema Rechtsextremismus in den westlichen Bundesländern fuhr ich nach Hessen. Den ganzen Tag wurde ich von meinem Kollegen Omid Nouripour und seinem Wahlkreismitarbeiter Matthias Münz begleitet.

Als erstes stand am Vormittag ein **Gespräch im Polizeipräsidium in Frankfurt/M.** auf der Tagesordnung. Wir wurden vom Polizeipräsidenten Herrn Thiele und seinem Sprecher Herrn Linke empfangen. Thema war vor allem die auch in Frankfurt und Umgebung zunehmenden rechtsextremen Demonstrationen und die entsprechenden Gegenaktivitäten. Wir tauschten unsere Positionen aus, wobei ich auch meine Erfahrungen mit den vielen Demonstrationen angemeldet vom Hamburger Neo-Nazi Christian Worch einbringen konnte. Gemeinsam war uns wichtig, dass friedliche Proteste nicht behindert und möglichst schon im Vorfeld deeskalierend gewirkt werden soll.

Die Frankfurter Polizei hat in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit einem Bürgertelefon gemacht, was in der Woche vor der Demo geschaltet ist. Dies wird von den BürgerInnen gut angenommen. Ebenfalls haben sich die "Demonstrationsbeobachter" bewährt. Das sind Frankfurter kommunale Abgeordnete, die an dem Tag im Umfeld der Demostrecke unterwegs sind und gemeinsam mit der Polizei die Aktivitäten vor- und nachbereiten.

Monika Lazar MdB und Omid Nouripour MdB vor dem Polizeigebäude in Frankfurt. Anschließend ging es zur **GEW Hessen**, wo das Thema Rassismus in der Schule Thema war. Unsere Gesprächspartner waren der Landesvorsitzende Jochen Nagel und ein **engagierter Lehrer aus Südhessen Tony Schwarz. Herr Schwarz bietet auch Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus für LehrerInnen an, die aber in unterschiedlichem Maße wahrgenommen werden.**

Wir waren uns einig, dass gelebte Demokratie in den Schulen und entsprechende Aufklärung dazu beitragen, dass die Jugendlichen für Rassismus und Rechtsextremismus nicht anfällig werden.

Aber auch in Hessen scheint es da noch Nachholbedarf zu geben. Das musste ich auch in anderen Regionen erkennen, so dass es sich um ein bundesweit auftretendes Problem handelt. Die GEW-Vertreter bestätigten, dass es darauf ankommt, ob es an den Schulen engagierte LehrerInnen gibt oder eben nicht.



**Gespräch mit der GEW Hessen, v.l.: Tony Schwarz, Monika Lazar MdB, Omid Nouripour MdB, Jochen Nagel**

Am Nachmittag machten wir uns auf den Weg nach Südhessen, nach Heppenheim. Dort trafen wir uns mit VertreterInnen der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Die ehrenamtlich Tätigen sind schon mehrere Jahre lang sehr rührig. So werden Veranstaltungen an Schulen organisiert oder auch die Bürgermeister des Kreises besucht. Mit diesen wird über den Rechtsextremismus in ihrer Umgebung diskutiert und sie

werden aufgefordert, im Gemeinderat eine Erklärung gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu unterzeichnen. In diesem Jahr gelang das schon bei 13 von 21 Gemeinden.

Die Initiative ist auch Mitglied im Beratungsnetzwerk des Landes. Hessen nimmt seit August 2007 am Bundesprogramm "Förderung von Beratungsnetzwerken" teil. Der Koordinator Herr Rexroth war auch mit an diesem Gespräch beteiligt. Für mich war es sehr interessant, die neuen Erfahrungen des Programms aus einem der westlichen Bundesländer zu hören.

**Gespräch mit der Initiative in Heppenheim, v.l.: Margarete Bauer, Monika Lazar MdB, Omid Nouripour MdB, Klaus Tandler (Sprecher der LAG Demokratie und Recht)**



Der Informationsaustausch war auf beiden Seiten sehr ergiebig. Ich konnte meine Positionen und Kritikpunkte darlegen und bekam die ersten praktischen Schritte mit dem Programm aus Hessen mit. Interessant fand ich, dass das sächsische Kulturbüro hier mit "Aufbauarbeit" geleistet hat. Es ist doch schön, immer wieder auf "alte Bekannte" zu stoßen und wenn der "Westen" mal was Positives vom "Osten" lernen kann. Mit diesen neuen Eindrücken ging es wieder Richtung Heimat.

#### **20.11.2007 Hessischer Jugendring - Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände Aktiv gegen Rechtsextremismus**

Die extremen Rechten äußern sich zunehmend demonstrativ öffentlich in unterschiedlichen Formen. Sie nutzen die Parlamente, sie verteilen auf Schulhöfen ihre Schmähschriften, sie verbreiten im Versandhandel und in Läden ihre Publikationen. Sie bauen ihr bundesweites Netz von Schulungszentren, Akademien und Treffpunkten aus. Sie machen kulturelle Angebote und betätigen sich in sozialer Arbeit. Durch Infiltration bestehender Vereine und Einwirkung auf Aktivitäten von Organisationen versuchen sie, sich zum selbstverständlichen Teil der Gesellschaft zu machen. Vor diesem Hintergrund bietet das Römerbergbündnis, dessen Mitglied der Frankfurter Jugendring ist, eine **Abendveranstaltung am 26.11.2007 (18:00 Uhr) mit Prof. Dr. Benno Hafener zum Thema "Veranstaltungs- und Demonstrationspolitik der extremen Rechten: In neuer Weise öffentlich präsent" im Spenerhaus, Pavillion, Dominikanergasse 5 in Frankfurt/M. an.** In der Veranstaltung sollen die politischen Ziele, die Merkmale und die Bedeutung sowohl der parteipolitisch organisierten Rechtsextremen als auch der gesamten Szene wie Kameradschaften und neonazistische Gruppen aufgezeigt werden. Die Veranstaltung richtet sich speziell an die in der Jugendarbeit tätigen Personen und MultiplikatorInnen. Zwecks Planung der Veranstaltung wird um eine kurze Anmeldung unter [frankfurt-main@dgb.de](mailto:frankfurt-main@dgb.de) gebeten.

#### **Arbeitshilfen / Materialien / Veröffentlichungen**

Eine **Arbeitshilfe** mit Informationen und Methoden für die Arbeit rund um Toleranz und Rechtsextremismus hat der **Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Hessen** veröffentlicht. Damit reagiert der Dachverband der katholischen Jugendverbände auf die neuen Strategien rechtsextremer Parteien und deren Jugendorganisationen. Ziel ist, aufzuklären, was hinter scheinbar attraktiven rechtsextremen Angeboten steckt, die die neuen, "netten Nazis" machen, wenn sie zum Beispiel kostenlose Schulhof-CDs verteilen. Die Arbeitshilfe hat den Titel **"Courage für Vielfalt und Demokratie"** und richtet sich an ehrenamtliche und hauptberufliche MitarbeiterInnen der Jugendarbeit und kann bei Gruppenstunden, Workshops oder Veranstaltungen eingesetzt werden. Sie ist in die drei Kapitel Wissen, Sehen und Handeln unterteilt. Im Kapitel "Wissen" wird über Neonazis, ihr Gedankengut und ihre Ziele informiert. Im Kapitel "Sehen" geht es darum, neonazistische Symbole, Modelabels und rechtsextreme Musik zu erkennen und zu verstehen. Mit 17 Methoden bietet das Kapitel "Handeln" konkrete praktische Unterstützung in der Auseinandersetzung in Jugendgruppen mit Themen wie Toleranz, Wahrnehmung, Diskriminierung, Identität oder Nationalstolz. Außerdem enthält die Arbeitshilfe Adressen, Literaturtipps und Ideen von anderen Aktionen zum Nachmachen. Die Arbeitshilfe ist 54 Seiten stark und kann unter der Adresse [bdki-bja@bistum-mainz.de](mailto:bdki-bja@bistum-mainz.de) bestellt werden.

#### **Ehrenamt / Freiwilligenarbeit**

**"Freiwilliges Engagement für die berufliche Ausbildung"** ist der Titel einer **Veranstaltung** der INBAS GmbH in Offenbach am 05.12.2007 in Offenbach / Quartiersaal im Ostpol. Die Veranstaltung dreht sich um Projekte, in denen sich Freiwillige um SchülerInnen beim beruflichen Übergang von Schule und Beruf engagieren. So übernehmen freiwillig Engagierte Patenschaften für SchülerInnen, werben neue Ausbildungsplätze ein, bereiten die angehenden Azubis auf das Berufsleben vor und unterstützen AusbilderInnen, die noch nicht lange im Einsatz sind. Außerdem bietet die Veranstaltung eine bunte Mischung aus Information, Gelegenheit zum Netzwerken, fachlichem Input und guter Unterhaltung durch das People's Theater. In Workshops und bei einer Visitenkartenparty gibt es Gelegenheit, sich über die verschiedenen Projekte auszutauschen und zu informieren. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. An der Veranstaltung Interessierte finden die Ausschreibung [hier](#).

Mehrfach wurde an dieser Stelle bereits auf die Bedeutung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements hingewiesen. In einer neuen **Studie zur Situation der Lehrstellensuche von SchulabsolventInnen** verweist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) darauf, dass Jugendliche durch ein ehrenamtliches und freiwilliges Engagement "ihr qualifikationsgebundenes, kulturelles und soziales Kapital" mehren können und "die besondere Bedeutung des Engagements in Vereinen und sonstigen Organisationen vor Ort für die Entwicklungschancen von jungen Menschen mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit als bislang (verdient)." An den Ergebnissen der Untersuchung Interessierte, finden die Veröffentlichung des BIBB zur Studie [hier](#).

## Fortbildungen / Projekte / Seminare / Treffen / Veranstaltungen

Im dritten Jahr bietet der Hessische Jugendring im **Wintersemester 2007/08** eine **Lehrveranstaltung zur verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit** an der **Universität Frankfurt** an. In diesem Jahr trägt die Lehrveranstaltung den Titel "Partizipation und Selbstorganisation". Nachdem die Lehrveranstaltungen in den vergangenen Jahren schon gut besucht waren, ist der Zuspruch seitens der Studierenden im Wintersemester 2007/08 bezüglich der Teilnehmezahl geradezu "explodiert". Aktuell nehmen rund 100 Studierende an der Lehrveranstaltung teil. Das hat dazu geführt, dass der zu Anfang geplante Raum nicht ausreicht und die Veranstaltung nun im Hörsaal HB 90 im altherwürdigen Hauptgebäude auf dem Campus Bockenheim stattfindet. An der Lehrveranstaltung Interessierte finden [hier](#) einen Übersicht über die Termine und Inhalte der einzelnen Veranstaltungstage.

Im Sommer 2008 findet in Berlin "**Berlin 08 - Festival für junge Politik**" (13.-15.06.2008) statt. Das Festival ist ein Höhepunkt des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung - eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschen Bundesjugendrings. Berlin 08 ist ein Event für Leute zwischen 14 und 24 Jahren, die Interesse an Politik und Lust haben etwas zu bewegen, sich zu treffen, sich einzumischen und auszutauschen. Zur Vorbereitung von Berlin 08 findet die 1. Regionalkonferenz in Hessen am 01.12.2007 im SAALBAU Gallus, Frankenallee 111 in Frankfurt/M statt. Hier gibt es die Möglichkeit Themen ins Festival zu integrieren, Vorschläge einzubringen das Festivalprogramm zu gestalten. Ideen zur Vernetzung werden gesammelt, gemeinsam über weitere Netzwerkpersonen gebrainstormt, und, und, und. Interessierte finden zu Berlin 08 weitere Infos [hier](#).

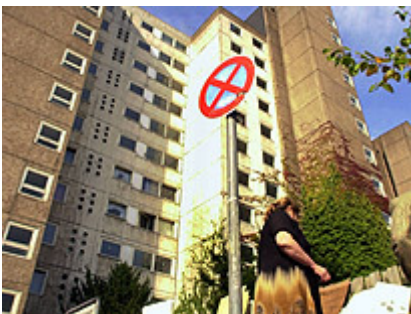
## Stellenausschreibung

Die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt führt in Kooperation mit weiteren Frankfurter Institutionen auch in den nächsten Sommerferien das **Projekt "DeutschSommer"** durch. Sie sucht für den Zeitraum vom 23.06.-11.07.08 (jeweils von Mo-Fr inkl. Übernachtungsbetreuung in der zweiten und dritten Woche) für Wiesbaden, Darmstadt und Oberreifenberg **16 SozialpädagogInnen** (gerne mit Migrationshintergrund). Der "DeutschSommer" ist ein Sprachförderprojekt in Kombination mit Theaterunterricht und sozialpädagogischen Angeboten für 160 Frankfurter Drittklässler. Geboten wird u.a. eine Arbeit in der Interdisziplinären Zusammenarbeit mit DeutschlehrerInnen und TheaterpädagogInnen, viel Planungs- und Gestaltungsfreiheit und ein festes Honorar (3.500 Euro plus Fahrtkosten). Rückfragen sind unter der Telefonnummer 01 63/ 4 41 57 75 (Christine Kemmsies) möglich. Kurzbewerbungen (Motivations schreiben und Lebenslauf) bitte bis zum 18.01.2008 an die Adresse [ck@kemmsies.de](mailto:ck@kemmsies.de). Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#).

21.11.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

Nassauische Heimstätte

- Wirbel um ethnisch getrennte Wohnblocks



### In Sozialblocks treten immer wieder Konflikte zwischen Deutschen und Migranten auf.

Die Nassauische Heimstätte will offenbar in einzelnen Wohnblocks Mieter aus unterschiedlichen Kulturkreisen nicht mehr vermischen. Politiker reagieren empört. Die Wohnbaugesellschaft versucht, die Wogen zu glätten.

Nach Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sprachen sich am Mittwoch Parteien und Kommunen, Ausländerbeirat und Wohnungsgesellschaften gegen eine Trennung von Mietern nach Herkunft oder Religion aus. Lediglich der Stadtforscher Norbert Gestring sah in der Ansiedlung nach Ethnien kein grundsätzliches Problem. Die Zeitung "Die Welt" hatte den Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte Wohnstadt, Thomas Dilger, mit den Worten zitiert, er setze wegen Integrationsproblemen auf "einheitliche ethnische Nachbarschaften in Milieuhäusern". Dilger ist Herr von 64.000 Wohnungen in Hessen und Thüringen. Dort wohnen Deutsche und Migranten aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Dieses Zusammenleben verlaufe laut Dilger nicht immer konfliktfrei – vor allem nicht zwischen Russland-Deutschen und türkischstämmigen Deutschen.

## Integrationsbereitschaft schwindet

Die Mischung werde zunehmend schwieriger. "Bei zunehmendem Übergewicht von Migranten" steige die Fluktuationsrate deutscher Mieter. Die Integrationsbereitschaft und Integrationskraft in den Siedlungen, so Dilger in der "Welt", sei an ihre Grenzen geraten. Dilgers Fazit: "Wir glauben nicht mehr an die glückliche gemischte große Heimstättenfamilie."

Ein Sprecher des Unternehmens sagte, es gebe keine klaren Konzepte für ethnisch getrennte

Wohneinheiten. Im Übrigen sei Dilger falsch zitiert worden. Ulrike Foraci von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte betont hingegen, dass die Darstellung der Zeitung richtig ist: "Genauso hat er's gesagt", sagte Foracci. "Ich war entsetzt." Koch habe mit seiner Kritik völlig recht: "Da bildet man Ghettos. Das Zusammenleben von Menschen funktioniert so nicht." Wenn es Probleme gebe, müsse man sie mit anderen Mitteln lösen.

### **Parteien vehement gegen getrennte Vermietung**

Ministerpräsident Koch und Wirtschaftsminister Alois Rhiel (beide CDU) hatten in einer gemeinsamen Mitteilung erklärt, dass die Vermietung von Wohnungen getrennt nach Nationalitäten "der völlig falsche Weg" sei und "eine Kapitulation vor zweifellos vorhandenen Problemen bei der Integration". Die Regeln des Zusammenlebens seien für alle Mieter gültig – unabhängig von der Herkunft.

Neben der CDU sprachen sich auch andere Parteien vehement gegen eine Ansiedlung nach Ethnie aus. "Die Abschottung einzelner Gruppen ist falsch", erklärte auch die SPD-Schattenministerin Margaretha Sudhof. Notwendig sei ein Konfliktmanagement, um entstehenden Problemen nicht auszuweichen, sondern sie zu lösen. Grünen-Chef Tarek Al-Wazir sagte, Konflikte entstünden nicht wegen der unterschiedlichen Herkunft der Menschen, sondern wegen der sozialen Verhältnisse. Aufgabe einer Wohnbaugesellschaft sei es, auch soziale Aufsteiger in den Siedlungen zu halten. Die FDP verweist auf ihr Wahlprogramm, indem sie sich für ein "integrationsfreundliches Wohnumfeld" ausspreche.

### **"Chinatowns sind völlig unproblematisch"**

Der Stadtforscher Gestring mahnte hingegen zur Sachlichkeit: "Es gibt keine Studie und keine Untersuchung, die zeigt, dass eine Ansammlung bestimmter Gruppen von sich aus ein Problem ist." In den USA gebe es in ethnisch geprägten Stadtvierteln Konzentrationen von 50 oder 60 Prozent. "Aber diese Chinatowns und Little Italys sind völlig unproblematisch und passen sich ohne Schwierigkeiten in die jeweiligen Städte ein." Eine Steuerung dieser Entwicklung sei aber unrealistisch und problematisch: "Wenn man jemandem vorschreibt, wo er wohnen soll oder wo er nicht wohnen darf, ist das erst einmal Diskriminierung", sagte Gestring. (nobl / cawo)

**22.11.2007** <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/finanziellenothilfe/>  
**Finanzielle „Nothilfe“**

Mannheim – Der Holocaust-Leugner Germar Rudolf wendet sich in einem Bettelbrief an seine Anhänger.

**22.11.2007** **Nationaldemokratisches „Winterhilfswerk“**

Frankfurt – Die NPD in Hessen hat den Start ihrer „Aktion Winterhilfe“ angekündigt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/nationaldemokratischeswinterhilfswerk/>

**23.11.2007** URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1247927](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1247927)

**Nach Hetz-Angriffen - Welle der Solidarität VON SUSANNE SCHMIDT-LÜER**

Auf breite Unterstützung ist der Aufruf des Grünen-Stadtverordneten Uwe Paulsen gestoßen, sich gegen die **fremdenfeindlichen und antisemitischen Angriffe** auf das Ehepaar Eskandari-Grünberg zur Wehr zu setzen. Margarete Mitscherlich und Horst Eberhard Richter, Micha Brumlik und Barbara Klemm haben die Erklärung unterzeichnet, die "alle Demokraten" auffordert, "Bestrebungen entgegenzutreten, die die Menschenwürde missachten". Rund 300 Unterzeichner meldeten sich bisher auf den Aufruf, sagt Paulsen. Er registrierte die Namen von Journalisten und Kabarettisten, Schauspielern und Gewerkschaftern, Leitern städtischer Einrichtungen und Politikern, Kirchenvertretern und Studenten, Angestellten und Vertretern aus der Wirtschaft. Ihre Namen und Berufsbezeichnungen werden im Internet veröffentlicht.

Die Grünen-Stadtverordnete Nargess Eskandari-Grünberg war in der Auseinandersetzung um den geplanten Moscheebau in Hausen heftig attackiert worden, weil sie im Laufe einer längeren Debatte gesagt hatte, der Anteil von 40 Prozent Migranten in der Stadt sei eine Tatsache, wem dies nicht passe, der könne auch woanders wohnen. Eskandari-Grünberg, die tätlich bedroht, in Hunderten von E-Mails und Briefen beschimpft wurde, sagte der FR, sie empfinde die große Unterstützung als "beruhigend". Und: "Nach dem, was ich die letzten Wochen durchmachen musste und immer noch durchmache, habe ich jetzt das Gefühl, die Gesellschaft meldet sich doch."

In einem offenen Brief an die Mitglieder der Frankfurter Grünen stellen sich die Vorstandssprecher Sarah Sorge und Bastian Bergerhoff sowie Fraktionschef Olaf Cunitz "fest und solidarisch" an die Seite von Nargess Eskandari-Grünberg. Sie rufen "dringend dazu auf, zu einem der Sache angemessenen Ton zurückzufinden."

Die Polizei hat nach Angaben der Staatsanwaltschaft am 13. November Ausschnitte aus einem neonazistischen Internetforum gezogen und der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Diese prüfte, ob sie ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung einleitet. "Bis jetzt ist dazu keine Möglichkeit gegeben", sagte Sprecherin Doris Müller-Scheu. Die Staatsanwaltschaft warte jetzt die Strafanzeige ab, die Kurt Grünberg am Freitag über seinen Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz stellte.

In einem Internetforum von Neonazis, das angeblich 20 000 Mitglieder zählt, werden Eskandari-Grünberg und ihr Ehemann scharf angegriffen. Dort heißt es auch: "Die Deutschen, die sich jetzt zu den Grünen bekennen, würden, wenn es nach mir ginge, nach der nationalen Erhebung keinen deutschen Pass mehr haben."

**23.11.2007** URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/meinung/?em\\_cnt=1247928](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/meinung/?em_cnt=1247928)  
**Kommentar - Gegen feige Attacken Von Susanne Schmidt-Lüer**

Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, aufzustehen, Farbe zu bekennen und Gesicht zu zeigen? Neonazis verunglimpfen in menschenverachtender Weise unter Pseudonymen wie "Odin Thor", "Brunhilde" oder "Blutzeuge" zwei Menschen in einem Internetforum mit angeblich 20 000 registrierten Mitgliedern. Telefonnummer, Adresse und Fotos von der Grünen-Stadtverordneten Nargess Eskandari-Grünberg und ihrem Ehemann, dem Psychoanalytiker Kurt Grünberg, stellen sie ins Netz. Wohl wissend, dass sie damit zu weiteren Beschimpfungen oder gar Angriffen aufstacheln. Sie selbst versuchen, sich mit Phantasienamen der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen.

300 Bürger aus Frankfurt und dem Umland sind innerhalb von kurzer Zeit gegen dieses menschenverachtende Vorgehen aufgestanden, haben sich an die Seite von Nargess Eskandari-Grünberg und von Kurt Grünberg gestellt. Mit Namen, mit Berufsbezeichnung. Ein ermutigendes Signal.

Nun ist es an der Justiz, Wege zu finden, den braunen Angriffen im Internet ein Ende zu bereiten. Zunächst hat sie das eingeleitete Verfahren wegen Volksverhetzung eingestellt. Dabei darf es nicht bleiben.

**23.11.2007** URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1247966](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1247966)

**Antisemitische Hetze gegen Grünberg  
Staatsanwalt beendet Ermittlungen**

Weil sie den Tatbestand der Volksverhetzung als nicht erfüllt ansieht, hat die Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den antisemitischen Schmähungen gegen den Frankfurter Psychoanalytiker Kurt Grünberg vorläufig eingestellt. Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Doris Möller-Scheu sagte, es sei auch schwierig, gegen einzelne Teilnehmer des Internetforums zu ermitteln, die unter Pseudonym schreiben.

Kurt Grünbergs Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz kündigte am Freitag an, wegen der "üblen antisemitischen Schmähungen" Strafanzeige zu stellen. Auch er bezieht sich auf das Internetforum der Neonazis. Dort wird die Adresse und Telefonnummer der Grünen Stadtverordneten Nargess Eskandari-Grünberg und ihres Ehemanns Kurt Grünberg veröffentlicht. Von Plottnitz spricht von einer "klassischen antisemitischen Hetzkampagne". Er sieht Chancen, das die Verunglimpfungen, die Kurt Grünberg als "kraushaarigen krummnasigen Ehemann", der als Psychoanalytiker einen "typischen Judenberuf" ausübe, geahndet werden und hofft auf Erkenntnisse über die Urheber. **ssl**

**26.11.2007** **Protokoll der Veranstaltung des Römerbergbündnisses zum Thema „Veranstaltungs- und Demonstrationspolitik der extremen Rechten: In neuer Weise öffentlich präsent“ mit Prof. Dr. Benno Hafenegger vom 26.November 2007**

Der Vortrag teilte sich in zwei Bereiche- zum Einen die Analyse des Auftretens der Rechten und zum Anderen die Vorgehensweisen dagegen.

### **1. Analyse des Rechtenextremismus**

Die REP's und die DVU haben zurückgehende Mitgliederzahlen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder dieser Parteien ist deutlich höher als bei der NPD, die zunehmende Mitgliederzahlen haben. Der Rechts- und Linksradikalismus sind keine Randerscheinungen mehr, sondern gehören der Mitte der Gesellschaft an. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2006

#### **Vom Rand zur Mitte**

**Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland**

**Oliver Decker und Elmar Brähler**

zu finden unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>

**Ca. 15 % der Bevölkerung in Deutschland haben rechtsextreme Einstellungen.**

**Ideologie:** NS-Nostalgie, Hitlerismus, Verleugnung des Holocaust, National- und Sozialfragen werden vermischt, Globalisierung und Rassismus, Anti-Islamismus (Islamophobie, Aktionen gegen Moscheebau in verschiedenen Städten).

**Rechtsextremismus vermischt Fremdenfeindlichkeit, Ismaophobie und Rassismus mit weiteren Ideologien.**

**Drei-Säulen-Strategie der NPD**

- Der "Kampf um den organisierten Willen" - ihr vorrangiges Ziel ist es, die Meinungsführerschaft innerhalb des rechtsextremistischen Lagers zu erlangen.
- Dem "Kampf um die Straße" - gemeint ist die Durchführung von Demonstrationen - misst die NPD weiterhin große Bedeutung zu.
- Der "Kampf um die Parlamente" versucht die Parlamente zu instrumentalisieren.
- Auch die "Wortergreifungsstrategie", ein Element des "Kampfes um die Köpfe", soll fortgesetzt werden. Die "Wortergreifungsstrategie" sieht vor, dass NPD-Mitglieder Veranstaltungen anderer Organisationen durch gezielte Einflussnahme auf Diskussionen für eigene Zwecke instrumentalisieren.

**Es gibt eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem Thema: Studie von Benno Hafener und Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie**

Als pdf zu finden unter: <http://www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/mat.htm>

**Wichtig in der Strategie der rechten Szene sind das Anmieten, bzw. Aufkaufen von Immobilien. Diese Immobilien spielen einige wichtige Rolle im Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen. (Bundesweit gibt es ca. 26 Einrichtungen, für Schulungen und WG´s. In Hessen sind es 4 Objekte.)**

**In Hessen gilt eine 4 Säulen Strategie:**

- **Kampf um die Dörfer**
- **Kampf um die Jugend**
- **Kampf um die Schulen**
- **Kampf um die Kameradschaften**

**Kameradschaften:** Sind vorwiegend im ländlichen Raum zu finden, in Deutschland gibt es 160 – 180 Stück. Gehören zum Teil zur NPD, zu ihnen gehört Gewaltbereitschaft und Aktionismus.

**Jugendkultur:** z. B. über Musik, Outfit wird von den extrem Rechten genutzt. Internetkommunikation gehört dazu (Chatrooms, Nachrichten). In ostdeutschen Bundesländern fast flächendeckend rechte Cliques im ländlichen Raum.

**Jugendarbeit der extremen Rechten:**

- Popularisierung: Erlebniswelt für Jugendliche
- Verzahnung: Kommunikation über Handlung, Absprachen
- Rechtsextreme Jugendarbeit: Main-Kinzig-Kreis hat „Beratungsangebot“, Zeltlager, Treffen, Musikabende, Sonnenwendfeiern, Hitler-Geb.-Feiern (als Privatparties getarnt) – es besteht ein rechtsextremer Alltag.

**Musik:** Es gibt über 100 rechtsextreme Bands. Hierzu gibt es einen Verfassungsschutzbericht aus Baden-Württemberg. Es werden vielfältige Musikrichtungen bedient. Musik ist ein wichtiger Punkt in der Gefühlsentwicklung von Jugendlichen. Gewalttaten immer in Verbindung mit Musik und Alkohol. Musik auch als Protestkultur.

**Rechte allgemein**

Zunahme von Demo´s, öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Die Straße wird als Kampfplatz gesehen.

Die Lager werden immer wieder neu aktiviert

- Nach Innen: Es herrscht ein großes Kampf- und Aktionsbedürfnis, dabei wird physisch die Ideologie ausgelebt. Rechte werden nicht nur in Sälen mobilisiert, sie brauchen das physische Ausleben.
- Nach Außen: Lager sollen stark wirken, die Ideologie kann kommuniziert werden. Formen dafür sind Demo´s, Aufmärsche (ländlicher Raum, an Orten mit hohem symbolischen Wert wie Dresden, Wunsiedel, auch Frankfurt), Gedenktage, CD-Verteilaktionen, Sozialarbeit, Zeltlager

## **2. Umgang mit Rechtsextremismus**

Untersuchungen, wie eine Kommune mit Rechtsextremismus umgeht wird daran gemessen, ob es BI´s gibt und wie schnell sie reagieren. Gladenbach ist ein sehr schönes Beispiel.

Strategie gegen Rechts:

- Gegnerschaftsfixierung: Auf Aktivitäten wird reagiert
- Moderierender Ansatz: Umgang wird diskutiert, nicht auf Aktionen hinterher hinken.

**Beispiele vom Umgang mit Rechten**

- Hotelverbände: Geben Schulungen, Vorschläge über dem Umgang mit Rechten, Übernachtungen sollen verweigert werden

- Banken: Volks- und Raiffeisenverbände empfehlen Kündigung der Konten (muss nicht begründet werden)
- Städte: Es gibt Musterraumnutzungsverträge, Verbandsklauseln werden empfohlen, welche Rechte ausschließen

Homepage der Stadt Dortmund zu diesem Thema ist zu empfehlen: <http://www.dortmund.de/>

### Umgang mit Demonstrationen

Demo's und Aktivismus sind nach außen und innen für die Lager wichtig. Was passiert, wenn dies unterbunden wird? Personen verschwinden nicht, es ist möglich, dass Subkulturen entstehen. Nach dem Grundgesetz gibt es das Versammlungsrecht, ist nicht stark zu beschneiden.

### Umgang mit Jugendlichen

Je offener eine Zivilgesellschaft der Jugendkultur gegenüber ist, je mehr Gesellschaftsformen (Musik, Sport) vorhanden und unterstützt werden, desto weniger Rechtsextremismus gibt es.

06.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hanau/?em\\_cnt=1254033](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1254033)

### Jugend trifft sich gegen Rechts

**Auch in Büdingen kommen Anhänger der "Antifa-Bi" einmal pro Woche im Café zusammen**

#### VON PETRA ZEICHNER

Sie heißen Rosa, Melissa, oder Marco und sind zwischen 15 und 18 Jahren alt, einige schon in den 20ern. Sie sind etwa 100 im Wetteraukreis, wenn man nur die zählt, die regelmäßig zu den wöchentlichen Treffen in Friedberg, Butzbach und Büdingen kommen. Die Anhänger insgesamt dürften noch einmal so viele sein. Die "Antifaschistische Bildungsinitiative" Wetterau, kurz Antifa-Bi, die vor zwei Jahren in Friedberg als "Aufmucken gegen Rechts" begann, bekommt immer mehr Ableger.

Der jüngste ist der in Büdingen, womit die Jugendorganisation auch im Ostkreis der Wetterau Wurzeln geschlagen hat. Seit dem Sommer treffen sie sich hier in einem Café, einmal in der Woche abends. Für Melissa war es höchste Zeit, etwas zu tun gegen die Rechtsextremen hier in der Region. "Meine Freundin ist mit einem von denen zusammen", sagt sie. "Einer von denen" - damit meint sie einen Jugendlichen, der zwar nicht zur Wetterauer NPD gehöre, aber von deren Mitgliedern erfolgreich umworben werde.

### Eltern unterstützen Engagement

Wie einige andere aus ihrem Bekanntenkreis. Die sagten ihr mittlerweile, sie solle aufpassen, wo sie hingehet, berichtet Melissa. Ob sie Angst hat? "In der Hinsicht, was mit denen passiert sein muss, dass sie so reden", sagt die 15-Jährige. Um sich selbst aber nicht, schließlich mache sie seit Jahren Judo.

Rosa hat solche Erfahrungen noch nicht gemacht. Sie kam zur Antifa-Bi, weil sie von Freunden gehört hatte, "dass die NPD hier aktiv ist". Dass die etwa ihre Schulhof-CD mit rechter Musik an Schulen in der Umgebung verteilten.

Die Eltern wissen Bescheid über die Aktivitäten ihrer Kinder. Wenn die Erwachsenen anfangs manchmal skeptisch sind, etwa wegen des Begriffs "antifaschistisch" im Namen des Vereins, so unterstützen sie mittlerweile das Engagement. Manchmal bringen die Kinder ganz neue Gedanken mit nach Hause. "Meine Eltern kamen durch mich auf das Thema", sagt der 17-jährige Marco.

Seitdem würden sie ihn darin unterstützen. Um sich in dem Büdinger Café mit Gleichgesinnten zu treffen, scheuen die jungen Leute keine langen Wege. Von Limeshain, Ortenberg, Glashütten oder Ranstadt nach Büdingen und zurück - wenn man keinen Führerschein hat und der letzte Zug beispielsweise von Büdingen nach Nidda um 20.30 Uhr fährt, erfordert das einige Organisation.

### Eingetragener Verein

Seit Mitte dieses Jahres ist die Antifa-Bi ein eingetragener Verein. Das hat Vorteile. So plant die Organisation, in Friedberg ein Vereinsheim zu eröffnen. Dort soll jugendkulturelle Arbeit im Mittelpunkt stehen.

Aber auch jetzt gibt es in der Kreisstadt schon Workshops zu Themen wie Globalisierung, Feminismus oder Antisemitismus und Konzerte gegen Rechts. In Büdingen fehlt bisher ein geeigneter Raum für die Bildungsarbeit.

**Kontakt: Andreas Balsler, Telefon 01 70 / 1 86 88 57, Internet: [www.antifabi.de](http://www.antifabi.de)**

06.12.2007 Rhein-Neckar-Zeitung [www.rnz.de](http://www.rnz.de)  
**Was tun gegen Rechtsextremismus?**

Gemeinsam gegen Rechts: Schülersprecher Ferris Jung, Kriminaloberrat Andreas Stenger, Rektorin Regine Sattler-Streitberg, Bürgermeister Bernhard Martin, Stadtjustiziar Lothar Jost, Elternbeiratsvorsitzende



Susanne Gries und Schülersprecherin Christina Stork. Foto: Menges Von Christofer Menges  
Was tun gegen Rechtsextremismus? Dieser Frage stellten sich die 600 Schüler der Realschule am Dienstag bei einem Projekttag. Bürgermeister Bernhard Martin machte bei der abschließenden Podiumsveranstaltung vor 120 Zuhörern in der Aula eine klare Ansage: "Wir in **Eberbach** wollen keine Leute von rechts hier haben." Stadt, Polizei und Schule üben den Schulterchluss gegen die politische Rechte – doch das rechtliche Korsett ist eng.

Die Verunsicherung bei Eltern, Lehrern und Schülern war groß: "Wir waren noch nie mit so einer Situation konfrontiert", sagt die Gesamtelternbeiratsvorsitzende Susanne Gries. Anfang Oktober verteilten vier Aktivisten aus der rechten Szene vor der Realschule Hefte und CDs mit politisch motiviertem Inhalt. Kurz darauf kursierte im Internet ein Video, auf dem Schule, Schüler und Lehrer zu sehen sind – vor allem der Lehrer Michael C., der seit Anfang des Schuljahres in **Eberbach** unterrichtet und dem wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der Antifa-Initiative Heidelberg mehrere Jahre die Einstellung verweigert wurde. "Wir werden regelmäßig wieder diese Schule besuchen", kündigt ein einschlägig bekannter NPD-Aktivist in dem nach wie vor im Umlauf befindlichen Video an.

Das wollen Polizei, Schule und Stadt mit allen Mitteln verhindern. Nur sind diese Mittel beschränkt. Laut Kriminaloberrat Andreas Stenger fallen die bundesweit bei Aktionen verteilten Schulhof-CDs unter die Landespressegeseetze. Und das bedeutet, dass sie nicht ohne weiteres beschlagnahmt werden dürfen. Die Justiz bewerte die Tonträger uneinheitlich. Einige Staatsanwälte hätten versucht, den CDs mithilfe des Strafrechtsparagrafen zur Verunglimpfung des Staates und seiner Repräsentanten beizukommen. Andere sahen eine "schwere Jugendgefährdung" nach dem Jugendschutzgesetz.

Tatsache ist: Der Inhalt der CDs – Hardrock, rechte Liedermacherballaden, das Deutschlandlied – wurde so lange geändert, bis er straffrei war. "Wir müssen hinnehmen, dass wir da keine Handhabe haben", sagt der Experte vom Heidelberger Polizeipräsidium, "wir müssen aber nicht hinnehmen, wenn dieses Material in Schulen verteilt wird."

Denn da greift das Hausrecht der Schulleitung. Die kann, wie Rechtsamtsleiter Lothar Jost erläuterte, jeder schulfremden Person ohne weiteres Hausverbot erteilen. Vor der Schule greife die Straßenverkehrsordnung. Ob beim Verteilen von Propagandamaterial vor der Schule eine Gemein- oder Sondernutzung der Straße vorliege, müsse letztlich ein Gericht entscheiden: "In der dritten Instanz nach vier Jahren stellt sich das heraus", setzt Jost darauf, potenzielle Agitatoren mürbe zu machen.

"Ich frage mich, warum es nicht gelingt, diese Partei einfach zu verbieten", wundert sich Bürgermeister Martin angesichts der beschränkten Möglichkeiten und ertut dafür Applaus aus dem Publikum. Ziel müsse es sein, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um den Kern des Problems anzugehen. Dann hätten es Polizei und Stadt leichter.

"Wir als Polizei nehmen den Sachverhalt sehr ernst und sind auch sehr konsequent", versicherte Kriminaloberrat Stenger. Wegen des Internetvideos, auf dem einzelne Personen erkennbar sind, und der Schriften seien Verfahren anhängig. Und die Polizei sei wachsam, auch wenn das nicht so erkennbar sei – insofern sei das Gefährdungspotential für die Kinder gering.

Die Realschüler wappnen sich indes auf ihre ganz eigene Art. Im Laufe des Projekttags haben sie Schilder gemalt, "die deutlich machen, dass wir gegen Rechts sind, die Schule unterstützen und alle zusammenhalten", sagt Schülersprecherin Christina Stork. "Was wäre die Fußball-WM ohne Ausländer?" ist da zu lesen, "**Glatzen sind out**" – und vor allem: "**Wir sind bunt**".

**Copyright (c) rnz-online**

**07.12.2007 Rhein-neckar-Zeitung [www.rnz.de](http://www.rnz.de)**

### **Fremdenfeindlicher Angriff auf Eritreer**

(AP) Aus offenbar rassistischen Motiven haben unbekannte Täter in **Ludwigshafen** einen Schwarzafrikaner angegriffen und verletzt. Wie die Polizei berichtete, war der 43-jährige Mann aus Eritrea in der Nacht zum Donnerstag nach Zeugenaussagen grundlos in einer Gaststätte geschlagen und getreten worden. Der Jüngere der beiden Täter habe geäußert, er hasse Menschen wie den Eritreer wegen seiner Hautfarbe. Es ist der zweite fremdenfeindliche Angriff in der Großstadt innerhalb weniger Tage.

Das Opfer ging zu Boden und erlitt eine Platzwunde über dem Auge. Der Mann wurde zur ambulanten Versorgung mit dem Krankenwagen in eine Klinik gebracht. Wie Polizeisprecher Michael Lindner berichtete, kam es zu der Auseinandersetzung gegen 22.37 Uhr im Ludwigshafener Stadtteil Nord. Die Ermittler leiteten eine Fahndung nach den beiden Schlägern ein. Den Angaben zufolge soll der Ältere der beiden 48 bis 50 Jahre alt sein. Er sei etwa 1,95 Meter groß, habe kurze lockige Haare und einen Oberlippenbart. Der zweite Täter soll etwa 24 Jahre alt und 1,80 Meter groß und schlank sein. Er habe kurze dunkle Haare. Beide Männer waren mit orangefarbenen Arbeitswesten gekleidet gewesen.

Erst vor einer Woche war im Stadtzentrum von Ludwigshafen ein Somalier aus fremdenfeindlichen Motiven angegriffen worden. Der 20-Jährige konnte sich jedoch erfolgreich zur Wehr setzen und den Angreifer zu Boden ringen. Hierbei eilende Polizisten nahmen den 24-jährigen Deutschen schließlich fest.



Tatort Sandhausen: In einem solchen Bus der Linie 721 in Richtung Heidelberg wurde der 29-jährige Walldorfer angegriffen. Foto: Alex

Von Michael Walter

Die Täter waren zu sechst, ihr Opfer war auf sich allein gestellt: Ein 29-jähriger Mann ist in der Nacht auf Donnerstag Ziel eines fremdenfeindlichen Überfalls geworden. Sechs Männer hatten den Deutschen türkischer Herkunft in einem Nahverkehrsbus der Linie 721 von Walldorf nach Heidelberg gegen ein Uhr nachts angegriffen und verletzt, teilten Heidelberger Polizei und

Staatsanwaltschaft gestern mit.

Der 29-Jährige stieg in Walldorf in den Bus ein, er war in diesen frühen Morgenstunden der einzige Fahrgast. Bis der Busfahrer an der Haltestelle "Alter Postweg" in Sandhausen die Türen öffnete. Dort stiegen mehrere offensichtlich alkoholisierte Männer zu, setzten sich zu dem Walldorfer in den hinteren Teil des Busses und begannen, den Mann zu provozieren und rechte Parolen zu skandieren. Als der Geschädigte nach vorne zum Busfahrer gehen wollte, attackierten ihn die Männer, schlugen auf ihn ein und raubten sein Handy. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei soll einer der Angreifer auch ein Messer gezückt haben.

Dem 29-Jährigen gelang es schließlich doch, sich zum Busfahrer zu retten. Daraufhin betätigten die Angreifer den Nothebel der hinteren Bustüre, öffneten diese, sprangen aus dem noch fahrenden Fahrzeug und flüchteten. Der Busfahrer fuhr weiter nach Heidelberg-Kirchheim, wo die von ihm verständigte Polizei den verletzten 29-Jährigen in Empfang nehmen konnte. Der Mann trug Prellungen an Kopf und Oberkörper davon.

Nach einer Großfahndung wurden die Tatverdächtigen gegen 5 Uhr an einer Tankstelle in der Schwetzinger Straße in Kirchheim festgenommen. Bei ihnen handelt es sich um sechs Männer im Alter von 16 bis 38 Jahren – je einer aus Heidelberg, und Nußloch, je zwei aus Mannheim und Neuhofen im Rhein-Pfalz-Kreis. Allesamt werden sie der Neonazi-Szene zugeordnet. Drei von ihnen sind polizeibekannt, haben bereits eine entsprechende Akte wegen rechter Gewalttaten. Nach RNZ-Informationen soll unter den Festgenommenen auch ein Kommunalpolitiker der rechtsextremen "Deutschen Liste" sein.

Bei der Durchsuchung der Männer wurde das geraubte Handy sichergestellt, in ihren ersten Vernehmungen haben sie nach Polizeiangaben ihre Tat eingestanden. Alle sechs wurden am Freitagnachmittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen. Unklar ist noch, ob gar ein siebter Täter beteiligt war. Da das Opfer zunächst von sieben Angreifern sprach, fahndet die Polizei noch nach einem weiteren Beteiligten.

Die Ermittlungen des Dezernats Staatsschutz der Kriminalpolizei dauern nach wie vor an. Im Mittelpunkt dabei steht auch die Frage, ob und wo es in Sandhausen zu einem Neonazi-Treffen gekommen ist – die unterschiedlichen Wohnorte der Tatverdächtigen würden darauf hinweisen. "Das ist einer der Schwerpunkte der Ermittlungen", so Polizeisprecher Norbert Schätzle.

Der Sandhäuser Überfall setzt die Reihe fremdenfeindlicher Angriffe in der Metropolregion fort. So war es erst am Mittwoch in Ludwigshafen zu einem Angriff auf einen Eritreer gekommen, vergangene Woche wurde ebenfalls in Ludwigshafen ein Mann aus Somalia attackiert.

10.12.2007 <http://www.jungewelt.de/2007/12-10/024.php>

»Antifaschismus ist nicht nur ein linkes Thema«

Ein breites »Bündnis gegen rechts« will in Wiesbaden jetzt für Gegenöffentlichkeit sorgen. Ein Gespräch mit Manuela Schon *Gitta Düperthal*

**Manuela Schon ist Vorstandsmitglied der Partei »Die Linke« in Wiesbaden und im Rheingau-Taunuskreis und Gründungsmitglied des »Bündnis gegen rechts« Wiesbaden**

***Wiesbaden gilt als gut situierte und reiche hessische Landeshauptstadt. Doch in der Stadt und im Umland hat sich eine Neonaziszene etabliert. Als Reaktion darauf hat ein breites antifaschistisches Spektrum, von links bis grün, ein »Bündnis gegen rechts« gegründet, in dem auch außerparlamentarische Organisationen mitwirken. Was war der Anlaß?***

Ich spreche explizit für Die Linke Wiesbaden. In anderen Organisationen mag das anders gesehen werden: Im Wiesbadener Stadtparlament sind vier Republikaner vertreten, in verschiedenen Ortsbeiräten sind sie ebenso gegenwärtig. Die Tatsache, daß die Rechten nun auch in einer Stadt wie Wiesbaden Fuß fassen, kann ich mir nur so erklären, daß der alltägliche Rassismus weit verbreitet ist. Ich möchte daran erinnern, daß Roland Koch seine Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft genutzt hat, um hessischer Ministerpräsident zu werden. Anderes aktuelles Beispiel: Im Wiesbadener Stadtparlament haben die Republikaner einen Antrag gestellt, daß auf Schulhöfen deutsch gesprochen werden soll. Die CDU hat einen Antrag ganz ähnlichen Inhalts formuliert.

### **Durch welche Aktivitäten fallen die Rechten in Wiesbaden auf?**

Am 2. Dezember 2006 hat es angefangen. Damals hatte der hessische Landesvorsitzende der NPD, Marcel Wöll, eine Kundgebung angemeldet. Die Parole lautete: »Keine Moschee auf dem Gräselberg«. Seither ist deren immer wiederkehrendes Thema »Moschee und Islamismus«. Zunächst wurde die Kundgebung untersagt, dann hat der Gerichtshof in Kassel das Verbot aufgehoben. Schließlich fand sie doch statt, wurde aber von der Polizei aufgrund volksverhetzender Parolen aufgelöst. Die Rechten nutzen auch das Umfeld einer Bürgerinitiative von Anwohnern. Diese führt pragmatische Gründe gegen den Bau des islamischen Gotteshauses ins Feld: Die Leute befürchten, künftig in ihrem Stadtteil keinen Parkplatz mehr zu finden. Am 19. April dieses Jahres störten Neonazis eine Veranstaltung im Café Klatsch zum Thema »Nazis im Rhein-Main-Gebiet«. Obendrein sind sie mit Infoständen aktiv, insbesondere in Stadtteilen, in denen »Hartz IV«-Betroffene wohnen.

### **Auf welche Weise prägen die Rechten das Klima im hessischen Wahlkampf?**

Auf einem Plakat der Republikaner ist eine junge blonde Frau abgebildet, daneben steht der Spruch: »Mach mich nicht an, Ali!«. Andere sind beschriftet mit »Deutsch statt nix verstehen« oder »Ja zum Minarettverbot«. Ein NPD-Wahlplakat zeigt eine Herde weißer Schafe, die ein schwarzes Schaf herauskickten; darunter steht: »Wir räumen auf«.

### **Wie reagiert das Stadtparlament darauf?**

CDU, FDP und Grüne haben sich auf eine Verheimlichungstaktik geeinigt. Sie argumentieren, Rechtsextremen keine Aufmerksamkeit geben zu wollen. Wir von der Linken meinen hingegen, daß es wichtig ist, sich auseinanderzusetzen. Alles andere läuft auf eine Verharmlosung der Gefahr hinaus. Durch die Geheimhaltung von rechten Aktionen kann keine Gegenwehr mobilisiert werden. Die Linke Liste im Rathaus erhält bereits öfter erzürnte Mails von Bürgern; sie beschwerten sich, von Infoständen der Rechten in ihrem Stadtteil nichts erfahren zu haben: »So können wir nicht zeigen, daß die Wiesbadener solch braune Gesinnung in ihrer Stadt nicht haben wollen.«

### **Mitten im hessischen Landtagswahlkampf wirken im neugegründeten »Bündnis gegen rechts« Linkspartei und Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen zusammen. Funktioniert das – da doch die Grünen im Stadtparlament Ihrer Ansicht nach die Mobilisierung von Widerstand geradezu verhindern?**

Antifaschismus ist kein ausschließlich linkes Thema, sondern Bürgerpflicht. Bei den Grünen ist der Unterschied zwischen Basis und Fraktionsverhalten auch bei anderen politischen Debatten sichtbar. Beispielsweise bei der Debatte über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Beim Thema Rechtsradikalismus beteiligen sich übrigens auch Stadtverordnete der Grünen an Gegendemos. Wenn sie im Parlament dann die Geheimhaltung unterstützen, hängt das vermutlich mit Fraktionszwängen zusammen. Antifaschisten unterschiedlicher Couleur wollen sich jetzt vernetzen und für Öffentlichkeit sorgen.

### **10.12.2007 NPD und Republikaner kandidieren in Hessen [€]**

Wiesbaden – Der Landeswahlausschuss in Wiesbaden hat die Kandidatenlisten von Republikanern und NPD für die hessische Landtagswahl am 27. Januar 2008 zugelassen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/npdundrepublikanerkandidiereninhessen/>

### **11.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1256354](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1256354)**

#### **NPD - Kundgebung doch nicht in Offenbach?**

Weder die Offenbacher Polizei noch das städtische Ordnungsamt sind über eine Saalveranstaltung informiert, mit der die hessische NPD am Samstag, 15. Dezember, die heiße Phase ihres Landtagswahlkampfes einläuten will.

Laut Landesverbandschef Marcus Wöll werden zu der "Kundgebung" voraussichtlich um 15 Uhr der Bundesvorsitzende Udo Voigt, Generalsekretär Peter Marx und der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Michael Schäfer, erwartet. Den Veranstaltungsort will die NPD aus Sicherheitsgründen erst kurze Zeit vorher bekannt geben.

Nach FR-Informationen ist nicht klar, ob die NPD überhaupt in Offenbach tagen wird oder mit dieser Ankündigung nur ihre politischen Gegner auf eine falsche Fährte locken will.

In Offenbach spielt die NPD politisch keine Rolle. Ein Szenetreff von Neonazis ist nicht bekannt. Auch weiß der Verfassungsschutz von keinen besonderen Aktivitäten. Laut Wöll zählt der NPD-Kreisverband 30 bis 40 Mitglieder.

Nach FR-Informationen handelt es sich bei dem Treffen mit der Parteispitze um eine Ersatzveranstaltung für eine ursprünglich in Frankfurt geplante Kundgebung. Sowohl der örtliche DGB als auch die Offenbacher Organisation "Courage gegen Rassismus" wollen gegen den NPD-Auftritt protestieren. **mu**

### **12.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1256932](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1256932)**

#### **Rechtsextreme - Römerberg mit braunen Flecken VON GEORG LEPPERT**



**Kommt alle....  
Gruß Christian**

<http://de.indymedia.org/2007/12/202470.shtml>

### **NPD - Infostand in Brensbach**

In Brensbach im Odenwaldkreis fand heute von 09.00 bis 14.00 ein Info- Stand der NPD statt. Der vor etwa einem halben Jahr neu gegründete Kreisverband der NPD im Odenwaldkreis hatte heute seine erste öffentliche Aktion.

Um Stimmen für die Landtagswahlen in Hessen im Januar nächsten Jahres zu sammeln wurde auf einem Parkplatz in Brensbach ein Info- Stand aufgebaut. Dieser war von 09.00 bis 14.00 Uhr angemeldet.

Fünf Anhänger der NPD beteiligten sich an diesem Stand. Einer davon war optisch in das Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ einzuordnen.

Etwa 10 bis 15 AntifaschistInnen (u.a. Jugendliche, DGB, Die Linke, Odenwald gegen Rechts) sammelten sich ab 09.00 Uhr in der Nähe des Standes um zu zeigen, was sie von der NPD und ihren Anhängern halten und verteilten selber Info- Material an die PassantInnen.

Ein Transparent gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wurde von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) direkt hinter dem Parkplatz aufgehängt.

Doch der von der NPD (wahrscheinlich) erwartete Ansturm blieb aus. Niemand interessierte sich für sie und ihren Stand. Etwa um 11.45 Uhr bauten sie ihren Stand vorzeitig ab und fuhren wieder weg. Lediglich eine (!) Zeitung sind sie in der ganzen Zeit losgeworden.

Die Gegenaktion allerdings war sehr erfolgreich. Unzählige Flyer konnten an PassantInnen verteilt werden. Morgen ist wohl für den selben Zeitraum ein weiterer Info- Stand in Fränkisch- Crumbach, in der Nähe der Sparkasse, geplant.

**13.12.2007** URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hanau/?em\\_cnt=1257710](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1257710)

**Braune Szene organisiert sich - Bruchköbel NPD-Ortsverband gegründet / Interne Polizei-Berichte warnen seit Jahren VON JÖRG ANDERSSON**

Sebastian Schuppe pflegt markige Worte. "Es wird in der Nationalen Bewegung in und um Bruchköbel keine Kompromisse mehr geben. Wir werden sein, wo man uns nicht mag und handeln, wo wir die Möglichkeit haben", notiert der 20-Jährige im Internet für den NPD-Kreisverband Main-Kinzig.

Schuppe ist Vorsitzender des Ortsverbandes Bruchköbel-Nidderau der rechtsextremen Organisation. Jüngst gewählt von einem "kameradschaftlichen und disziplinierten Publikum von 26 Personen", wie es heißt. Nach der Wahl verteilte der Radikale sogleich Seitenhiebe an Kommunalpolitiker. "Bruchköbel wird ab sofort nicht mehr sagen können, es gäbe dort keine deutsche Bewegung."

Seit Jahren tritt die rechte Szene in der 20 000-Einwohner-Stadt durch Propaganda, rassistische Parolen und Gewaltausbrüche in Erscheinung. Alleine: Kommunalpolitiker ignorierten das Treiben lange.

Bürgermeister Michael Roth (CDU) sprach von "seltsamen Vorfällen", als es beim Weihnachtsmarkt 2006 zu Eskalationen kam. Auch die Polizei tat gewaltsame Umtriebe wiederholt als harmlos ab. "Politisch unmotivierte Pöbeleien, aber keine rechtsradikale Szene" stecke hinter einigen Vorfällen, beurteilten Rathauschef Roth und Polizeipressesprecher Josef-Michael Rösch die Lage.

Als es im Mai rund um das Rathaus zu Randalen kam, war in den Polizeimeldungen von "betrunkenen Maulhelden" die Rede. Auf FR-Nachfrage musste Rösch erklären, dass es sich bei dem als "hinreichend bekannt" beschriebenen Täter um einen 22-Jährigen aus Langenselbold handelte, der zuvor 15 Monate wegen Körperverletzung, Widerstand und Volksverhetzung in der Justizvollzugsanstalt saß. Auch Sebastian Schuppe, vom NPD-Kreisverband als "aktives, diszipliniertes und treues Mitglied" gewürdigt, ist bei der Polizei aktenkundig. Bereits als 15-Jähriger wurde er einer rechten Szene an der Heinrich-Böll-Schule zugeordnet.

### **Gefahr zu Unrecht verharmlost**

Intern beurteilte die Abteilung Staatsschutz die Jugendkriminalität ganz anders als die offiziellen Verlautbarungen. Während der damalige Schulleiter und Polizeisprecher hinter glattrasierten Köpfen, Bomberjacken und Springerstiefeln Jugendkonflikte und Provokationen ausmachten, die man nicht zu hoch hängen sollte, ist in den vertraulichen Polizeiberichten von "politisch motivierter Kriminalität" einer etwa 15-köpfigen Skinhead-Gruppe an der Bruchköbeler Gesamtschule zu lesen. Die rechte Szene werde sich im Dienstbezirk auf keinen Fall zurückbilden, sondern eher stärker ausbreiten, steht im Lagebericht 2005. 2004 hatten in Nidderau-Heldenbergen Neonazis vorübergehend eine Hofreite gepachtet. Zwischenzeitlich hat die rechtsradikale NPD auch in Hanau, Rodenbach und Gelnhausen Ortsverbände gegründet und für die drei Main-Kinzig-Landtagswahlkreise Direktkandidaten benannt. Alle Organisationen führen wie der Kreisverband eine Postfach-Adresse in Langenselbold. Weitere Unterstützung erhoffen sich die Parteimitglieder durch "Freie Kameradschaften" in Steinau-Marjoß und Sinntal. Auch diese Clique ist im Jugendkriminalitätsbericht der Abteilung Staatsschutz erwähnt.

15.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259126](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259126)

#### **Anti-NPD-Aufmarsch - Mindestens 100 Bürger protestieren in Offenbach**

Offenbach (ddp) - Mindestens 100 Menschen haben am Samstag in Offenbach gegen einen Aufmarsch der NPD protestiert. Nach Angaben eines Polizeisprechers verliefen die Aktionen bis zum Nachmittag friedlich. Die Zahl der Teilnehmer an der NPD-Demonstration bezifferte er auf rund 50. Bei ihrem Weg in die Innenstadt wurden die Neonazis durch ein Großaufgebot an Polizeikräften von den Gegendemonstranten getrennt.

Ursprünglich hatte ein Bündnis aus demokratischen Parteien, Hochschulgruppen und Jugendorganisationen eine Mahnwache gegen den NPD-Aufmarsch geplant. Die Beteiligten schlossen sich dann jedoch dem Polizeisprecher zufolge spontan zu einem Protestzug in Richtung Innenstadt zusammen, wo eine Versammlung der NPD stattfinden sollte.

Die Gegendemonstranten protestierten mit lauten Pfeifkonzerten, "Pfui"-Rufen und der Forderung "Nazis raus" gegen die NPD. Bei einer Kundgebung der Rechtsextremen ließ die katholische St. Marienkirche demonstrativ die Glocken läuten, wodurch die Rede des NPD-Landeschefs Marcel Wöll kaum zu hören war. Zu den Teilnehmern der NPD-Demo gehörte auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.

15.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1258759](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1258759)

#### **Interview - "Verbot wäre nicht durchsetzbar"**

**Frankfurts Sicherheitsdezernent Volker Stein zum Thema Rechtsradikale und Demonstrationsrecht.**



[Stadtrat Volker Stein](#) (FR)

*Herr Stein, für Mitte Januar haben NPD und "Republikaner" Kundgebungen auf dem Römerberg angemeldet: Tanzen die Rechtsextremen der Stadt langsam auf dem Kopf herum?*

NPD und Republikaner tanzen uns nicht auf dem Kopf herum, sie nehmen nur ihr Recht wahr. Beide Parteien sind zur Landtagswahl zugelassen, also können auch beide Wahlkampf machen. Ich bin über die Veranstaltungen alles andere als glücklich, aber ich kann sie nicht verbieten, denn sie sind von Parteien angemeldet worden, die nicht verboten sind. Würde die Stadt die Kundgebungen nicht zulassen, hätten NPD und Republikaner sogar die Möglichkeit, nachträglich die Landtagswahl anzufechten.  
*Das klingt nach Argumenten für ein Verbot der NPD.*

Ich bin gegen ein neues Verbotverfahren. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich daran versucht und ist gescheitert. An den Voraussetzungen eines solchen Verfahrens hat sich seitdem nicht das Geringste geändert. Insofern ist das Risiko, noch einmal vor dem Bundesverfassungsgericht zu unterliegen und die NPD damit zu stärken, sehr groß.

*Heißt das, zusammengefasst: Die Stadt Frankfurt muss derzeit mit Veranstaltungen von Rechtsextremen leben?*

So muss man das leider sehen. Das Bundesverfassungsgericht sieht das Demonstrationsrecht als ein ungemein hohes Gut an. Und dieses Recht steht nun einmal auch NPD und Republikanern zu. Auch wenn es 95 Prozent der Bevölkerung am liebsten sähen, wenn diese Parteien nicht demonstrieren dürften.

#### **Zur Person**

**Volker Stein (FDP) ist seit November Sicherheits- und Ordnungsdezernent der Stadt. Er übernahm das Amt von Boris Rhein (CDU). Seine erste große Herausforderung dürften die Kundgebungen werden, die NPD und Republikaner für 19. und 20. Januar auf dem Römerberg angemeldet haben.**

*Aber können Sie NPD und Republikaner nicht wenigstens von einem so zentralen Ort wie dem Römerberg fern halten? Schließlich behindern die Rechtsextremen dort ganz extrem das städtische Leben.*

Ich bin über die Wahl des Veranstaltungsortes auch nicht froh, aber ich befürchte, diese Argumentation greift ins Leere. Natürlich behindern Demonstranten den Verkehr und die normalen Abläufe in einer Stadt. Aber

das ist nicht nur ihr Recht, das ist sogar der Zweck ihrer Veranstaltung. Denn nur so können sie ja auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

*Aber immerhin ist der Römerberg doch auch ein Ort von großer historischer Bedeutung. Dürfen dort wirklich Rechtsextreme demonstrieren?*

Noch einmal: Ich kann mir in meiner Funktion als Sicherheitsdezernent keine Bewertung aus historischer oder moralischer Sicht erlauben. Ich muss bei den Fakten bleiben, die juristisch überprüfbar sind. Und da komme ich zu dem Schluss, dass ein Verbot nicht durchzusetzen ist. Wir würden mit einem solchen Antrag vor Gericht scheitern und hätten dann noch nicht einmal mehr die Möglichkeit, Auflagen zu erteilen. Auflagen setzen nämlich voraus, dass die Versammlung als solche nicht verboten wird.

*Ihr Vorgänger als Sicherheitsdezernent, Boris Rhein, hat vor dem NPD-Aufmarsch am 7. Juli ganz ähnlich argumentiert.*

Und er hat Recht behalten. Es ist ihm damals gelungen, die NPD aus der Innenstadt herauszuhalten. Das wäre vermutlich nicht möglich gewesen, wenn er die Versammlung verboten hätte. Dass der Stadtteil Hausen, in dem die NPD am 7. Juli demonstrieren durfte, nur wenige Monate später noch einmal von einem solchen Aufmarsch betroffen war, konnte der Kollege Rhein im Sommer noch nicht wissen.

*Allerdings gibt es genügend Leute, die sagen: Weil Rhein damals versäumt hat, mit einem Verbot zumindest ein politisches Signal zu setzen, melden die Rechtsextremen nun eine Veranstaltung nach der anderen an.*

Diese Argumentation ist unredlich und unschlüssig. Die Stadt hat im Sommer getan, was nötig war. Es gibt überhaupt keinen Beleg dafür, dass sich NPD oder Republikaner durch die damalige Entscheidung nun angespornt sähen, immer wieder nach Frankfurt zu kommen. Und es ist ja auch nicht so, dass nur wir vor dem Problem stehen, wie man mit derartigen Versammlungen umgehen soll. Für den heutigen Samstag hat die NPD eine Demonstration in Offenbach angemeldet. Die Nachbarstadt hat diese Veranstaltung auch nicht verboten - aus gutem Grund.

#### **Interview: Matthias Arning und Georg Leppert**

17.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259390](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259390)  
NPD-Aufmarsch - Aufregung in Offenbach

VON STEPHEN WOLF



[Die Polizei greift ein](#) (FR/Sascha Rheker)

Schon Stunden vor dem NPD-Aufmarsch hatte sich ein massives Polizeiaufgebot am Offenbacher Ostbahnhof postiert. Als die etwa 50 Rechtsextremen um 14 Uhr loszogen, wurden sie von mehreren hundert Beamten begleitet.

Kurz zuvor hatten sich etwa 150 Gegendemonstranten nahe dem Fußballstadion auf dem Bieberer Berg versammelt. Der frühere Oberbürgermeister Wolfgang Reuter (SPD) und Verdi-Geschäftsführerin Rosi Haus forderten die Offenbacher auf, couragiert den Rechten entgegenzutreten. "Wir dürfen jene nicht tolerieren, die den Holocaust leugnen und die Demokratie abschaffen wollen", sagte Reuter.

#### **Demonstratives Glockenläuten**

Auf ihrem Weg durch die östliche Innenstadt wurden die Rechtsextremen wiederholt von Bürgern und Gegendemonstranten lautstark beschimpft. Als die NPD vor dem Polizeirevier auf dem Mathildenplatz ihre Kundgebung abhielt, ließ die katholische St. Marienkirche demonstrativ die Glocken läuten. Die Rede von NPD-Landeschef Marcel Wöll war so kaum zu verstehen. Auch hier hatten sich etliche Bürger versammelt, um gegen die Veranstaltung zu protestieren.

#### **Mehr zum Thema**

 **Fotostrecke: [NPD-Demonstration in Offenbach](#)**

Wie bedeutend die Demonstration aus Sicht der NPD gewesen sein muss, lässt sich aufgrund der Anwesenheit von Parteichef Udo Voigt erahnen, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung ermittelt. In der Bieberer Straße wurden die Rechtsextremen von Gegendemonstranten und zahlreichen Jugendlichen aus Migrantenfamilien angehalten, die die Straße blockierten.

Als die Polizei mit der NPD und ihren Gegnern verhandelte, spielten die Rechten Märsche vom Band - darunter auch der "Badonviller-Marsch", der in der NS-Zeit bei Auftritten Hitlers gespielt wurde.

Währenddessen kamen immer mehr Bürger aus ihren Wohnungen und aus Geschäften. Schließlich musste die NPD einen anderen Weg nehmen und mit ihrem Marsch zum Ende kommen.

Wäre die Polizei nicht so massiv vertreten gewesen, die Situation hätte eskalieren können. "Auch deshalb kann ich nicht nachvollziehen, weshalb die Stadt der NPD diese Route zugestanden hat", kritisierte Ex-Bürgermeister Reuter: "Das Rathaus hätte ein stärkeres Zeichen setzen müssen". Der Pressesprecher der Stadt, Matthias Müller, verteidigte die Haltung des Magistrats. Der hatte entschieden, den NPD-Aufmarsch zu genehmigen, da ein Verbot vor Gericht keinen Bestand gehabt hätte.

**"Letztendlich muss man doch sehen, dass die NPD in Offenbach eine Demütigung erlitten hat, und das zählt", sagte Müller der FR.**

17.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259389](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259389)

**Kommentar - Die Mimikry der NPD VON STEPHEN WOLF**

Es ist schon richtig, zahlreiche Offenbacher haben die NPD mit Ablehnung und Empörung empfangen. Von einem erfolgreichen Wahlkampfauftakt können die rechten Extremisten nicht reden. Auch die Polizei hat ihre schwierige Aufgabe mit der nötigen Abgeklärtheit gelöst.

Also Ende gut, alles gut? Nein. Denn es sieht nicht so aus, als lasse sich die NPD durch den Widerstand demokratischer Parteien, Bürger und Gewerkschaften von ihren Märschen abhalten. Auch wenn die großen Gegendemonstrationen in diesem Jahr - etwa in Rüsselsheim oder Frankfurt - beeindruckend waren, die NPD bleibt bei ihrer Taktik und gibt sich als Anwalt des kleinen Mannes. Die Rechtsextremen stilisieren sich als "Opfer des Systems". Wie sehr die NPD-Strategen dem Volk aufs Maul schauen, wird deutlich, wenn ihre Anhänger beispielsweise den Mindestlohn für alle Beschäftigten fordern oder aber die Außenpolitik der USA verdammen.

Im Fall Offenbach haben sich die Bürger zwar nicht von dieser dreisten Mimikry täuschen lassen. Dass die Stadt indes nicht versucht hat, die NPD an ihrer Route durch ein von vielen Migranten bewohntes Viertel zu hindern, bleibt trotzdem ärgerlich. Der Hinweis, die Verwaltungsrichter hätten ohnehin im Sinne der NPD entschieden, ist das falsche Zeichen. Resignation ist nicht angesagt.

17.12.2007 »Nationaler Widerstand« gestoppt  
In Offenbach und Frankfurt/Main zeigten Hunderte Gegendemonstranten den Neofaschisten, daß sie unerwünscht sind von Gitta Düperthal  
--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-17/029.php>

17.12.2007 Lampertheimer Zeitung  
Gegen Radikalismus: Erklärung unterzeichnet  
Parlamentarier lehnen jeden Extremismus ab

olo. LAMPERTHEIM Einstimmig haben die Stadtverordneten am Freitagabend folgende "Erklärung gegen Extremismus und Radikalismus" unterzeichnet:

"In unserem Land verbreiten politische und religiöse Gruppierungen extremistische, fremdenfeindliche und rassistische Parolen. Sie geben dabei vor, soziale Interessen zu vertreten, um unter diesem Deckmantel ihr demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten. Auch bei uns in Lampertheim sind sie schon aktiv geworden. Die Aktivitäten in anderen Städten und in unserem Kreis bereiten uns große Sorgen. Deshalb wollen wir zeigen, dass Lampertheim keinen Platz für solche Denkansätze und Handlungen bietet und akzeptieren deshalb nicht ihr Auftreten in unserer Stadt und anderswo. Die Abwehr von Extremismus, egal in welcher Form, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geht jeden in unserer Stadt an.

Wir Lampertheimer treten entschieden für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde ein - die Erinnerung an die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere an den Holocaust, dem auch Lampertheimer Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fielen, fordert uns dazu auf. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung verurteilen jede Form des politischen und religiösen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie fordert alle politisch, kirchlich und gesellschaftlich Verantwortlichen auf, dem Entstehen von politischem und religiösem Extremismus frühzeitig entgegenzuwirken.

Wir wollen uns mit Zivilcourage und in aller Öffentlichkeit dazu bekennen. Extreme politische und religiöse Gruppen und Menschen, die meinen, durch Fremdenfeindlichkeit, Radikalismus, Rassismus und Antisemitismus ihre politische und religiöse Gesinnung zum Ausdruck bringen zu müssen, sind in Lampertheim unerwünscht. Die Versuche extremer, rassistischer und fremdenfeindlicher Gruppen, das

Bewusstsein unserer Jugendlichen in ihrem Sinne beeinflussen zu wollen, werden von uns verurteilt. Sie brauchen keine populistischen Parolen und nationalistischen Weltbilder. Wir wollen, dass sich die Jugendlichen in Lampertheim für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben in unserer Gesellschaft engagieren."

**Auch die Kreisstadt Heppenheim wird ihre Resolution in den nächsten Tagen in der Presse veröffentlichen.**

**Neben Heppenheim und Lampertheim hat auch die Gemeinde Einhausen in der vergangenen Woche eine „Erklärung gegen rechtsextreme Aktionen“ in ihrem Parlament verabschiedet.**